

Hintergrundinformation zur Forderung der „gekauften Stronach-Lobbyisten“ zur 20 %igen Reduktion der Lohnnebenkosten.

Mit den Lohnnebenkosten wird unser soziales Netz von den ArbeitgeberInnen mitfinanziert – den großen Teil finanzieren wir mit unseren Sozialversicherungs-beiträgen und vor allem den hohen Lohnsteuern selbst.

Unter Lohnnebenkosten sind die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, zum Wohnbauförderungsbeitrag, Dienstgeberbeitrag, Dienstgeberzuschlag, Kommunal-steuer, Lohn während des Urlaubs, während eines Teils der Krankenstände, Weihnachts- und Urlaubsgeld etc. zu verstehen. Damit beteiligen sich die ArbeitgeberInnen auch an der Finanzierung unseres Gesundheitssystems, der Pensionen, des Arbeitslosengeldes, der Unfallversicherung und anderer wichtiger Bereiche. Das ist die seit dem 2. Weltkrieg aufgebaute „Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“, welche als Grundsäule des sozialen Friedens zu betrachten ist.

Das alles soll also – wenn es nach den „gekauften Stronach-Lobbyisten“ geht – gleich um 20 % gekürzt werden.

Wie würde sich eine Lohnnebenkostensenkung auf die Beschäftigten aller Branchen auswirken, die ohnedies seit Jahren durch Reallohnverluste schwer in ihrer finanziellen Existenz und familiären Situation belastet werden:

Reduktion von Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Wohnbauförderungsbeitrag ...

Fehlende Arbeitgeberbeiträge führen weiter zu Reduktionen sämtlicher sozialer Leistungen und damit zu höheren Selbstbehalten und Eigenleistungen. Diese aber führen wiederum zu deutlichen Kaufkraftverlusten mit allen bekannten Folgen. Ebenso wird das für viele Beschäftigte unverzichtbare soziale Netz immer mehr zerrissen.

In Bezug auf den Arbeitsplatz- und Wirtschaftsstandort Tirol sehen wir bei einer 20 %igen Reduktion von Lohnnebenkosten Verlierer auf beiden Seiten:

Den vom Reallohnverlust ohnedies schwer benachteiligten Beschäftigten würde weiteres Einkommen entzogen, Leistungskürzungen würden die 2-Klassen-Gesellschaft weiter verstärken, höhere Eigenleistungen die Kaufkraft deutlich reduzieren und damit auch den Wirtschaftsbetrieben beim Einkauf fehlen.

Das ist in **Kürze** ein Befund zu dieser Forderung, der das „wahre Gesicht“ dieser „eingekauften Stronach-Lobbyisten“ zeigt und von uns strikt abgelehnt wird.

Tirol braucht eine verantwortungsvolle Politik, welche die Stützen unserer systemerhaltenden Betriebe in allen Branchen – unsere ArbeitnehmerInnen – stärkt.

Fazit: Jede Stimme für diese „eingekauften Stronach-Lobbyisten“ schwächt den Arbeitsplatz- und Wirtschaftsstandort Tirol, würde unseren Beschäftigten wichtige Teile ihres Einkommens entziehen und soziale Leistungen dramatisch reduzieren.

GURGISER & Team
27. März 2013